



Newcomer Schill*: „Raubritter auf dem Wählermarkt“



Etablierte Parteipolitiker Merkel, Westerwelle, Fischer, Stoiber, Schröder:

PARTEIEN

Die neue Normalität

Die Wähler sind dabei, das alte Parteiensystem zu sprengen. Kleine Parteien setzen die Themen, verändern den Stil. Gregor Gysi und Ronald Schill sind in Regierungsämtern angelangt. Schaffen die Populisten den Einzug in den Bundestag, wird die politische Kultur streitlustiger – und radikaler.

„Das Volk versteht das meiste falsch, aber es fühlt das meiste richtig.“

Kurt Tucholsky

Keiner hat das so zügig begriffen (oder gefühlt) wie ein kleiner Amtsrichter aus Hamburg. Ronald Schill sorgte erst in der Hansestadt, mittlerweile bundesweit mit seinen Sprüchen für Furore. „Er ist ein Raubritter auf dem Wählermarkt, der im Busch gesessen und auf seine Gelegenheit gewartet hat“, sagt der Düsseldorfer Politologe Ulrich von Alemann.

Dank seines Wahlerfolgs sitzt Schill seit kurzem auf dem Posten des Hamburger Innensenators – und lauert schon auf eine neue Gelegenheit: die Bundestagswahl im September kommenden Jahres. Ganz Berlin fiebert mit: Springt er oder springt er nicht?

Schon als die Schill-Partei im Juli 2000 im Hamburger Ratsweinkeller gegründet wurde, war sie auf Ausdehnung angelegt. Schill wurde als Landes- und Bundesvorsitzender gewählt. Auf Direktkandidaten würde er für die Bundestagswahl notfalls verzichten. Nur eine Landesliste in jedem der 16 Bundesländer müsste er zu Stande bringen. Koordinatoren dafür sind be-

nannt, der enge Zeitplan bis zur Septemberwahl sei „kein Problem“, glaubt Schill.

Ob er die Drohung tatsächlich wahr macht, hängt für ihn von drei Voraussetzungen ab. Erstens müsse es ihm in Hamburg gelingen, „den Worten Taten folgen zu lassen“ – woran es noch etwas hapert, da die Staus sich bisher nicht in Luft aufgelöst haben und die Drogenszene auch nicht.

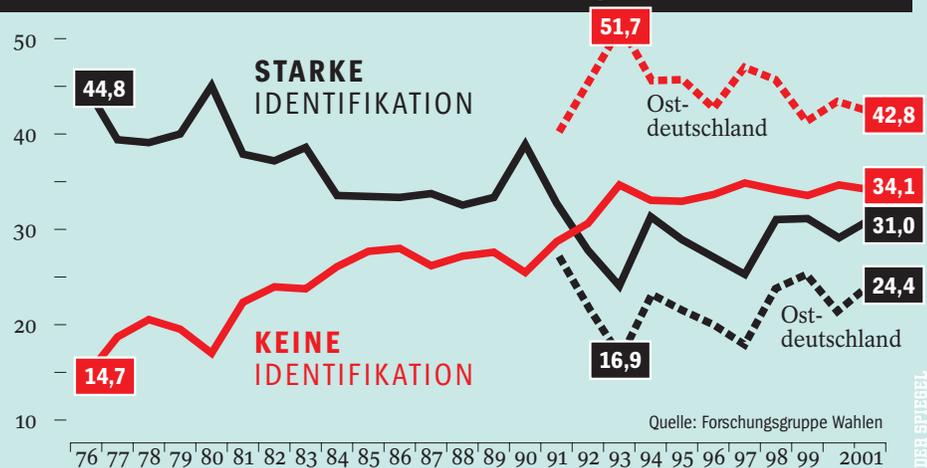
Zweitens müsse die Partei bei der nächsten Landtagswahl, im April in Sachsen-An-

halt, rund 30 Prozent der Stimmen gewinnen, was nach vielen Prognosen zumindest möglich erscheint.

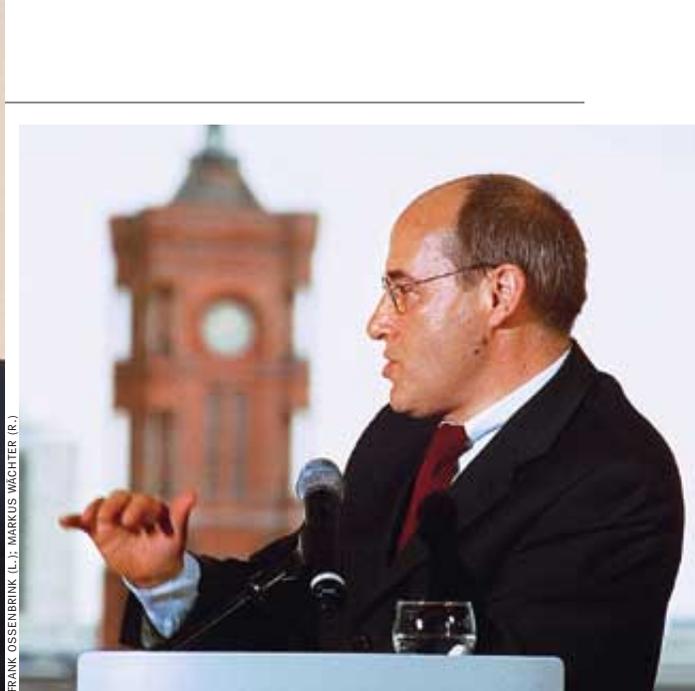
Drittens dürfe nicht Edmund Stoiber zum Kanzlerkandidaten der Union ausgerufen werden. Nur wenn CDU-Chefin Angela Merkel antritt, dann will auch Schill dabei sein. „Dann müssen wir reingehen, weil die Menschen sonst keine wählbare Alternative haben“, sagt er.

Schills Chancen bewerten die Wahlforscher als günstig. „Das Potenzial ist vor-

Bröckelnde Basis Identifikation mit den Parteien; Angaben in Prozent



* Im Hamburger Wahlkampf im September.



FRANK OSSENBRINK (L.); MARKUS WÄCHTER (R.)

Vierorts Lufthoheit über die politische Landschaft verloren

PDS-Star Gysi: Begnadeter Vielredner

handen“, sagt Forsa-Chef Manfred Güllner. Mit Schill „haben deutsche Rechtspopulisten erstmalig eine salonfähige Galiionsfigur“, glaubt auch Frank Decker, Bonner Politikwissenschaftler und Kenner der europäischen Szene.

Der Mann aus Hamburg ist nur der jüngste Beleg für ein Parteiensystem im Umbruch. Seit längerem wirken Kräfte, die sich jahrelang unterhalb der Oberfläche aufgestaut haben und nun in immer kürzeren Abständen zu Eruptionen führen. Die etablierten Parteien haben bereits vielerorts die Lufthoheit über die politische Landschaft verloren.

Eine neue Normalität entsteht: Eine größere Labilität löst die alte Ordnung des FDP-SPD-CDU/CSU-Staates ab, die Vorhersehbarkeit zumindest von Landtagswahlen – siehe Berlin, siehe Hamburg – tendiert gegen null.

So platzierte der Wähler vor drei Jahren den Grünen Joschka Fischer an der Seite des Kanzlers. Vor drei Monaten schob er den Amtsrichter Schill aus dem Nichts auf den Posten des Hamburger Vize-

Bürgermeisters. Die CDU ist noch immer fassungslos. Und in Berlin machte er die Postkommunisten von Gregor Gysi mit knapp 50 Prozent Marktanteil im Osten der Stadt so stark, dass der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) kaum anders kann, als den begnadeten Vielredner ebenfalls zu seinem Stellvertreter zu ernennen.

Wenn es in diesem Tempo weitergeht, könnte aus dem Drei-Fraktion-Parlament, das als Wesensmerkmal der alten Bundesrepublik galt und das durch den Einzug der Grünen seine erste Veränderung erfuhr, bald eine Versammlung von sieben Parteien werden: Neben der PDS, den Grünen, der SPD und der FDP würden auf der Rechten die CDU und die Schill-Partei um Aufmerksamkeit buhlen. Auch die CSU, die bisher nur als Zwillingsschwester der CDU auftritt, müsste dann ihre Eigenarten deutlicher herausputzen.

Schrille Debatten mit radikalen Forderungen wären garantiert. Wer von den Beteiligten zu einem Lager oder gar Bündnis zusammenfindet – niemand, nicht mal die Beteiligten, weiß das. Ob Zusammenarbeit oder zunächst erst mal Aus- und Abgrenzung um jeden Preis das Klima bestimmen – reine Spekulation. Was sich zeitgleich auf Deutschlands Straßen abspielt, ob Protestmärsche die Szene bestimmen, ob Unterschriftenaktionen in Mode kommen – niemand kann das vorhersagen. Wer unter diesen Umständen und von wem zum Kanzler gewählt wird – selbst diese Prognose fällt schwer.

Die neue Normalität, die sich da abzeichnet, entzieht sich dem bisherigen Raster und damit eben auch der Vorhersehbarkeit. Aus Sicht der Bürger sind Wahlen zu Events geworden, die auch mal einer Augenblickslaune und einer stillen Rachsucht folgen dürfen. Der Wähler verteilt lieber Denkkärtchen als Fleißkärtchen für die Regierenden, er freut sich schon an der

Urne auf die besorgten Politikergesichter in der „Tagesschau“.

Das Volk will sich generell nicht mehr so festlegen wie früher. Der durchschnittliche Deutsche wechselt heute im Lauf seines Lebens mehrfach die Automarke, häufig den Wohnsitz, mehr als zweimal das Konto, einmal mindestens, so scheint es, den Ehe- und mehr als ein dutzend Mal den Sexualpartner.

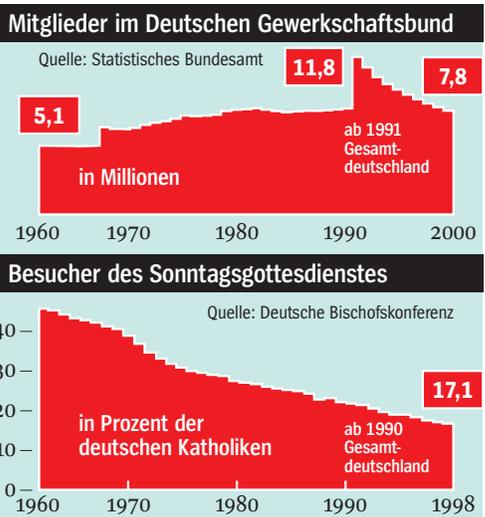
Eine neue oder zumindest eine andere Partei probiert er eben auch gern mal aus. So wurde er vom Stamm- zum Wechselwähler, honoriert wird nicht mehr nur die Volks-, sondern auch die Ein-Thema-Partei, was die Etablierten sehr empört. In einer Lageanalyse der SPD-Zentrale ist von „hybriden Konsumenten“ die Rede, die auch für die Partei nicht mehr so recht kalkulierbar sind.

In Deutschland gelten bisher nur die 16 Länder als Experimentierfeld, in vielen Nachbarstaaten aber hat die neue Normalität längst auch die Belle Etage der Politik erreicht.

In Dänemark kippten die Rechtsliberalen gerade die Sozialdemokraten aus der Regierung, Silvio Berlusconi regiert in Italien mit den Postfaschisten der Alleanza Nazionale. Die Eidgenossen wählten die Schweizerische Volkspartei unter dem Rechtspopulisten Christoph Blocher gar zur zweitstärksten Kraft.

Auch auf der linken Seite des Spektrums wird fleißig experimentiert. In Frankreich regiert der sozialistische Premier Lionel Jospin seit Juni 1997 zusammen mit Grünen, Kommunisten, den Radikalsozialisten und der Bürgerbewegung. In Belgien stützt sich der liberale Ministerpräsident Guy Verhofstadt seit Juni 1999 ebenfalls auf Sozialisten und Grüne.

Mit der Mauer fiel auch in Deutschland das alte Frontstaatsdenken, wonach rechte wie linke Extreme zu meiden seien. Mit den Blöcken in Ost und West verschwand



das Glaubensbekenntnis, dass ein guter Staatsbürger sich nur in der politischen Mitte aufhalten könne.

Die Schlagworte der untergegangenen Epoche lauteten hier zu Lande: Westbindung und soziale Marktwirtschaft, denen im politischen System am besten mit Parteienproporz und einer gewissen „Ausgewogenheit“ gedient war. Doch zum Schluss registrierte das Publikum nur noch routinierte Langeweile.

Die CDU war jene Truppe, die als Erste in der Mitte stand und zugleich das rechte Wählerspektrum absaugte. Die SPD rückte im Gefolge ihres Godesberger Konvents ebenfalls zügig in die Mitte und fühlte sich weiter für ihre linken Glaubensbrüder zuständig. Gemeinsam teilte man sich die Posten und Pöstchen, vom ZDF-Verwaltungsrat bis zu den Aufsichtsgremien von Lufthansa und Bundesbahn. Im Wahlkampf verwiesen beide auf ihre Ränder, und so war das alte Profil wenigstens für die heißen Endspurtwochen geschärft: Freiheit statt Sozialismus! Den Rechtsruck verhindern! Die meisten Wähler dachten da längst: Was für ein Getöse!

Der in Zahlen messbare Abschied vom alten System begann schon Anfang der achtziger Jahre, zunächst ganz leise. Zehntausende Mitglieder der Volksparteien verabschiedeten sich.

Die Zahl der Neuzugänge ist überschaubar. Bis auf einen „kleinen, unverwüstlichen Bodensatz“, so der Parteienforscher Elmar Wiesendahl, meiden jüngere Menschen die Parteien. Bei SPD und CDU sank die Zahl der unter 30-Jährigen in den letzten 20 Jahren um knapp 70 Prozent. Die CDU besaß Anfang 2000 sechsmal und die SPD rund fünfmal so viele Mitglieder über 70 als unter 25. Wiesendahl spricht pietätvoll von „Vitalitätsverlust“.

Der Politologe Franz Walter formuliert etwas direkter: „Das Gros der sozialdemokratischen Mitglieder ist grau und müde geworden, politisch eher melancholisch als zukunftsge-

wiss.“ Und wenn er die ebenfalls leicht angegriffene Klientel der Union addiert, kommt er zu dem tristen Ergebnis, beide Volksparteien seien „entkernt, ermattet, ziellos“, weil ihnen „die Kriegsziele ausgegangen sind, die Fußtruppen und irgendwie auch die Feinde“.

Für die gepflegte Langeweile (und damit ihren festen Platz im Parteienstaat) haben die Etablierten lange gekämpft. Anfangs ging es im Bonner Parlament nämlich fast so bunt und unübersichtlich zu wie zuletzt im Berliner Reichstag. Dem ersten Deutschen Bundestag gehörten anfangs 402 Abgeordnete aus elf Parteien an. Es gab acht Fraktionen, eine Gruppe, einen Vertreter der dänischen Minderheit und drei Einzelgänger, die als Parteilose direkt gewählt worden waren. Fast wie zu Weimarer Zeiten.

Nur das Wetter war typisch rheinländisch, als die ersten frei gewählten Bundestagsabgeordneten am 7. September 1949 nachmittags gegen vier Uhr in den Plenarsaal der ehemaligen Pädagogischen Akademie einzogen. „Vorherrschend heiter, bei nur schwacher Luftbewegung schwül“, wie der örtliche „General-Anzeiger“ vorhergesagt hatte.

Mit 31 Prozent der Zweitstimmen stellten CDU und CSU im Bonner Treibhaus die stärkste Fraktion, dicht gefolgt von der SPD, die 29,2 Prozent errungen hatte. Die FDP brachte es mit 11,9 Prozent auf 52 Mandatsträger. Sie und die erzkonservative Deutsche Partei koalitierten mit der Union. Mit nur einer Stimme Mehrheit, seiner eigenen, wurde Konrad Adenauer zum Bundeskanzler gewählt.

Schärfster Konkurrent der SPD auf der Linken war mit 5,7 Prozent die KPD. Aber auch die Rechte war zersplittert. Um einen Platz in der Mitte drängelten sich die Bayernpartei, die Zentrumspartei, die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung aus



Politiker Adenauer, Brandt (1966): Symbole des alten Systems

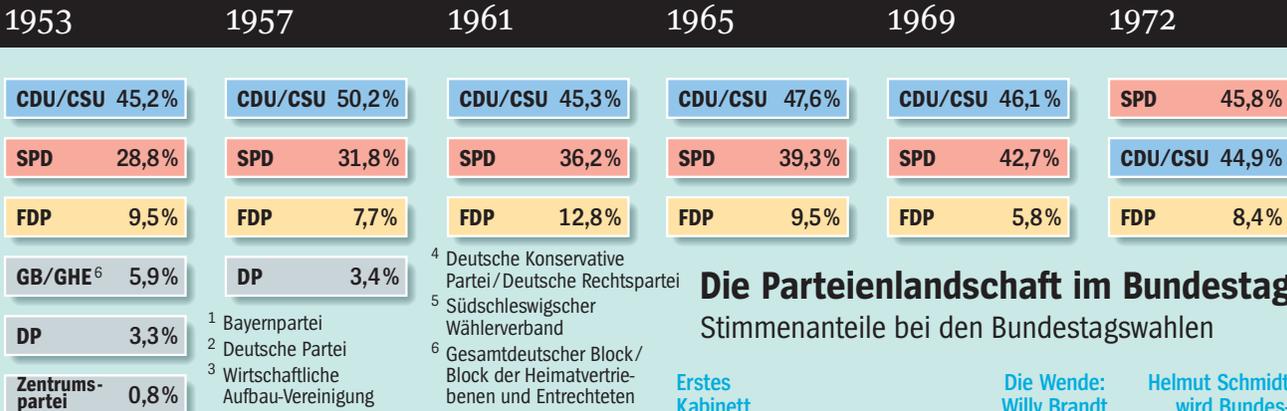
Bayern, die Deutsche Konservative Partei/Deutsche Rechtspartei und der Südschleswigsche Wählerverband.

Es genügte damals, nur in einem Bundesland fünf Prozent der Stimmen oder ein einziges Direktmandat („Grundmandat“) zu erzielen, um als Partei in den Bundestag einzurücken. 1953 wurde die Sperrklausel verschärft: Jetzt brauchten die Parteien fünf Prozent im gesamten Bundesgebiet oder ein „Grundmandat“. 1956 setzte die FDP, die immer so stolz auf ihre Liberalität verweist, zu Lasten der noch kleineren Parteien schließlich durch, dass auch die Mindestzahl der „Grundmandate“ auf drei erhöht wurde.

Im Grundgesetz war die Fünfprozenthürde jedenfalls nicht vorgesehen. Nach erbitterten Debatten hatte der Parlamentarische Rat sie abgelehnt. Die meisten Väter und Mütter des Grundgesetzes sahen es als eine nicht hinnehmbare Verfälschung der Wahlgleichheit an, wenn mit Einführung einer Fünfprozentsperrklausel bis zu 1,8 Millionen Stimmen praktisch wertlos würden.

Kurz vor der ersten Bundestagswahl im August 1949 intervenierten jedoch die Ministerpräsidenten der schon seit längerem gebildeten Länder. Angeblich aus Sorge um die Funktionsfähigkeit des künftigen Parlaments und unter Hinweis auf „Weimarer Verhältnisse“ sprachen sie bei den

1949



Die Parteienlandschaft im Bundestag
Stimmenanteile bei den Bundestagswahlen

⁴ Deutsche Konservative Partei/Deutsche Rechtspartei
⁵ Südschleswigscher Wählerverband
⁶ Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten



JORG SCHMITT / DPA

Grüne Parlamentsneulinge (1983): Wirbel im Polit-Betrieb

drei westlichen Besatzungsmächten vor und brachten diese dazu, per Direktive eine Fünfprozenthürde zu verordnen.

1953 gab es noch fünf, 1957 nur mehr vier und von 1961 bis 1983 nur noch drei Fraktionen im Bundestag. Die FDP, die selbst dafür gesorgt hatte, kleinere Konkurrenten auszuschalten, genoss jahrzehntelang die Rolle als Maklerin der Macht.

Seit 1983 freilich ist das solide Parteiensystem der Bonner Republik, symbolisiert in dem Christdemokraten Adenauer und seinem späteren SPD-Nachfolger Willy Brandt, aus den Fugen geraten. Mit den Grünen rückte eine im Widerstand gegen Atomkraftwerke und Mittelstreckenraketen gestählte Opposition in den Bundestag ein, die den gesamten Polit-Betrieb durcheinander wirbelte.

Es dauerte noch 15 Jahre, ehe Ex-Turnschuhträger Joschka Fischer als Partner des Ex-Juso-Chefs Gerhard Schröder die rot-grüne Koalition bilden konnte. Geübt hatten beide schon Anfang der achtziger Jahre, als sie in der Bonner Kneipe „Provinz“ auf Bierdeckeln Kabinettslisten entwarfen.

Seit der Wiedervereinigung ist das Kartell der Etablierten noch um eine ostdeutsche Variante reicher. Anfangs von den Wahlforschern als kaum überlebensfähig eingeschätzt, behauptete sich die SED-Nachfolgepartei PDS als fünftes Rad am Wagen.

1990 profitierte die Partei des Demokratischen Sozialismus noch von einer Besonderheit des Wahlrechts: Sie musste, wie alle anderen Ostparteien auch, die Fünfprozenthürde nur in den neuen Ländern überspringen.

Auf das baldige Ende der scheinbar siechen DDR-Nostalgiker hoffte die bundesdeutsche Polit-Elite insbesondere im Zuge der Stasi-Enthüllungen: Nahezu alle PDS-Spitzenkader hatten Ulbrichts und Honeckers Spitzelmaschinerie geholfen, nur das Ausmaß der Zuarbeit war unterschiedlich. Doch die Wähler in Ostdeutschland verziehen großzügig. Die alten Westrituale der Ausgrenzung blieben ohne Erfolg. Nun drängt die PDS gar nach München, Frankfurt, Hamburg.

Mit großer Sorge beobachten die Grünen, was sich da auf der linken Seite des

Spektrums bewegt. Jede PDS-Stimme im Westen tut ihnen weh. Schon liegt die SED-Nachfolgepartei bundesweit vor den Grünen. Für Joschka Fischer, der nur zu gern die rot-grüne Koalition erneuern würde, keine allzu ermunternden Werte.

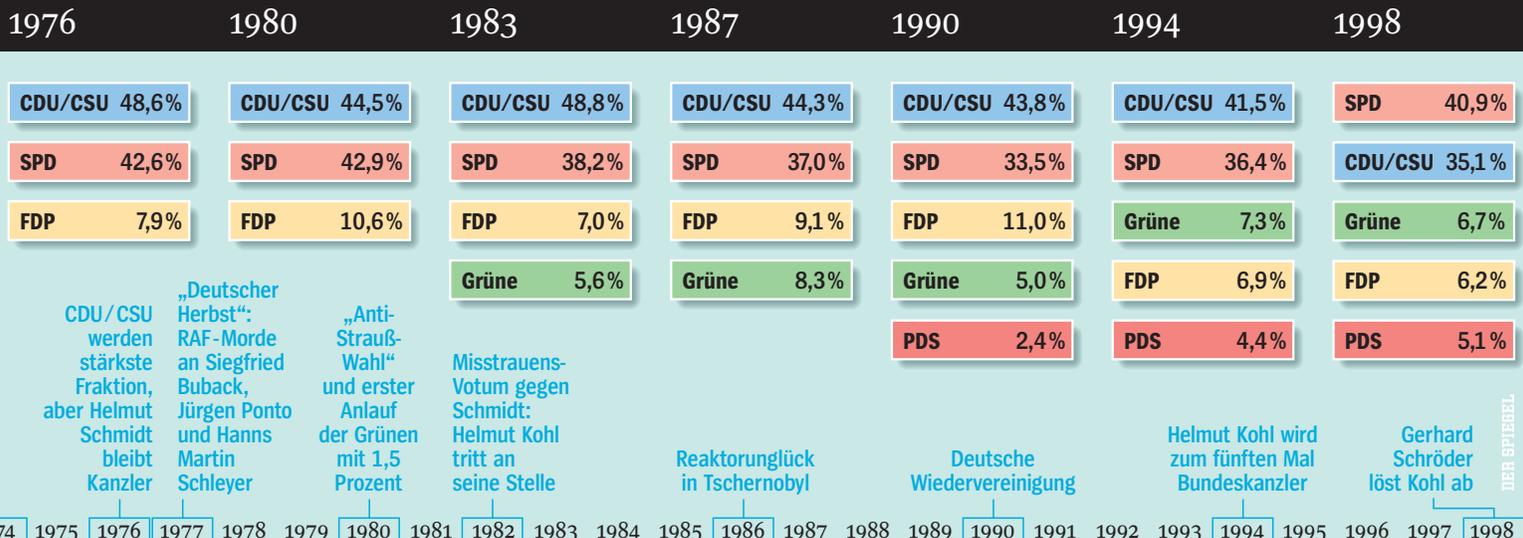
Auf der rechten Seite hängt derzeit vieles von Schill ab. Aus dem Stand heraus hatte der beurlaubte Amtsrichter in Hamburg 19,4 Prozent der Wählerstimmen bekommen. In gutbürgerlichen Kreisen schwindet erkennbar die Hemmschwelle, offen mit dem rechten Aufsteiger zu sympathisieren. Wahlforscher Decker sagt: „Wenn Schill scheitert, dann an sich selbst“, zum Beispiel an seiner Großspüchtigkeit.

Denn der Richter will nicht nur mitspielen, er will, wenn er denn antritt zur Bundestagswahl, auch gleich der nächsten Regierung angehören. „Wir wollen zweifelhaft werden im Bund, damit wir mitregieren können“, sagt er.

Ein bisschen Größenwahn spielt da eine Rolle, aber auch die große Zustimmung, die Schill derzeit erfährt. In Magdeburg sind seiner Partei, sagt er, eben erst zwei Wirtschaftsprofessoren und zwei ehemalige Polizeipräsidenten beigetreten. Und der Neupolitiker weiß, warum der Andrang auch andernorts so groß ist: „Bei uns kann man jetzt in wenigen Monaten Minister werden.“ Ganze CDU-Delegationen würden derzeit zu ihm nach Hamburg pilgern.

In der SPD setzen nicht wenige darauf, dass Schill antritt – und hoffen, dass er dann an der Fünfprozenthürde scheitert. Jedes Prozent für Schill würde dann vor allem die Union schwächen – und vielleicht gar einer derzeit etwas kränklichen rot-grünen Koalition zum Sieg verhelfen. Parteisprecher Michael Donnermeyer dementiert pflichtgemäß: „So fies denkt kein Sozialdemokrat.“

Die FDP beteiligt sich nicht an solchen Planspielen – sie ängstigt sich lieber. An ihr „Projekt 18“ glaubt, außer Erfinder Jürgen Möllemann, derzeit niemand. Wird die Zahl gründlich verfehlt, so hoffen viele in Berlin, hat damit die Entzauberung des großsprecherischen Guido Westerwelle be-





ACHINA MELDE / WELDPRESS

FDP-Politiker Westerwelle*: Entzauberung nach der Wahl?

gonnen. Denn der hatte das Möllemann-Projekt zu seinem gemacht.

Im Osten sieht es schon jetzt ziemlich mau aus. Erst jüngst klagte FDP-Mann Klaus Kinkel, die Konkurrenz der Schill-Partei könne verhindern, dass die Liberalen endlich wieder in einen ostdeutschen Landtag zurückkehrten.

Auch der Union stehen unruhige Zeiten bevor. Schon erwärmt sich der Schweriner CDU-Fraktionschef Eckhardt Rehberg für das Hamburger Modell und stellt die Frage, ob der „eiserne Grundsatz“, wonach „rechts von der Union keine Partei Platz haben darf“, noch aufrechtzuerhalten sei.

Eine Überlegung, die vor allem Stoiber aufregt. Er will und darf am rechten Rand keine andere demokratische Partei groß werden lassen, will er das Erbe von Franz Josef Strauß nicht leichtfertig verzooken.

Denn eine bundesweite Schill-Partei würde womöglich auch die Vorherrschaft der CSU in Bayern bedrohen.

Hamburgs CDU-Bürgermeister Ole von Beust hat als Erster das Tabu gebrochen: Indem er schon vor der Wahl ankündigte, mit Schill ein Bündnis eingehen zu wollen, machte er den Außenseiter salonfähig.

Beusts Ankündigung, meint der Bonner Politologe Frank Decker, habe womöglich „nicht wenige CDU-Wähler in Schills Arme getrieben“ – mit einem Stimmenverlust von 4,5 Prozentpunkten zahlte die Hamburger CDU einen hohen Preis für den Machtwechsel. Andererseits: Er wurde dadurch erst möglich.

Die Unionsspitze muss sich entscheiden: Ist Schill ein Gegner oder ein Bündnispartner? Die Alternativen sind nicht allzu verlockend: Macht sie einen Wahlkampf, der auch den rechten Rand zielsicher bedient, wird sie in der Mitte kräftig verlieren. Eine Politik der Mitte, repräsentiert von Angela Merkel, eröffnet für Schill erst recht das Spielfeld.

Auf der linken Seite das gleiche Dilemma: Hemmungslos gegen die PDS und deren Koalition mit der SPD losschlagen, auch das funktioniert nicht mehr. „Wir planen keine Neuauflage der Rote-Socken-Kampagne“, sagt denn auch Generalsekretär Laurenz Meyer: „Wir werden um jeden PDS-Wähler kämpfen.“

So sind die Christdemokraten mit ihren strategischen Möglichkeiten längst ins Hintertreffen geraten. Während die SPD in den Ländern mit Grünen, FDP und PDS koalieren kann, verbleiben den Unionsführern nur die Liberalen – oder eben die Schill-Partei. „Die SPD hat die PDS hof-

fähig gemacht, um mehr Koalitionsmöglichkeiten zu haben“, sagt CDU-General Meyer.

Die SPD will es der Union möglichst schwer machen, mit Schill zu kollaborieren. Der Mann wird von Polit-Profis im Willy-Brandt-Haus belauert, jede Äußerung auf ihre Skandalisierbarkeit abgeklopft.

Offiziell setzt die SPD ganz auf den Kanzler, sicherheitshalber wird der Regierungschef im Wahlkampf aber eingerahmt von vier zentralen Botschaften: dem angeblich aufgelösten Reformstau, der halbwegs erfolgreichen Haushaltssanierung, einer nachprüfaren Politik zu Gunsten der Familien und neuen Strategien für den Arbeitsmarkt, die wohl erst in der nächsten Legislatur ausprobiert werden.

Angesichts der neuen Unübersichtlichkeit will die sozialdemokratische Parteiführung jeden Fehltritt vermeiden. Alles soll zentral gelenkt und kontrolliert werden: „Kein Zufall mehr, was die SPD wann öffentlich aufgreift – und wozu sie lieber schweigt“, heißt es in einem Strategie-Papier der Wahlkampfzentrale „Kampa 02“.

Denn so ganz sicher kann der Kanzler sich nicht sein, dass er auch nach dem 22. September 2002 wieder Kanzler ist. Die Erfolge seiner Politik sind nicht für alle so offensichtlich, wie es Parteimanager Franz Müntefering glaubt.

Auf hohem Wohlstandsniveau sind die Deutschen verunsichert. Viele zählen sich selbst zu den Verlierern der Modernisierung, die Fabriken und Familien zuweilen wie Fieberschübe heimsucht.

Die einen verlieren Jahr für Jahr einen ansehnlichen Betrag an den Fiskus, denn Steuern, Abgaben und Sozialbeiträge addieren sich zu einem Ärgernis, das für viele allgegenwärtig ist. Die anderen verlieren gleich ihre Arbeit und reihen sich ein bei den anderen knapp vier Millionen, die auch schon auf bessere Zeiten warten. Die Mehrzahl von ihnen wird aller Voraussicht nach nie wieder eine Fabrikhalle oder ein Büro betreten.

In diesem Klima findet die kommende Bundestagswahl statt. Es geht um die Ausländerpolitik und den richtigen Umgang mit Zuwanderern und Flüchtlingen, es geht um Arbeitsplätze, vor allem darum, wie man sie vermehren kann.

Der Kanzler und seine Truppe haben, so scheint es, die neue Wirklichkeit noch nicht so recht begriffen. Von „Wechselstimmung“ im Volk könne keine Rede sein, glauben sie.

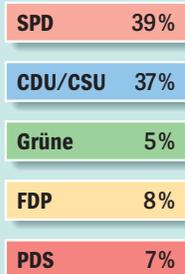
Aber die Zuversicht der Regierenden ist das Klappern, das zum Handwerk gehört. Ortwin Runde vier Tage vor seiner Abwahl als Hamburger Oberbürgermeister: „Rot-Grün wird nach dieser Wahl eine Mehrheit haben, da bin ich sehr zuversichtlich.“

PETRA BORNHÖFT, HORAND KNAUP, HARTMUT PALMER, NORBERT F. PÖTZL, GABOR STEINGART

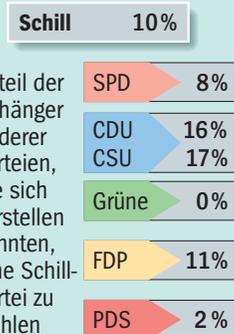
* Am 10. Februar bei der Verleihung des Ordens wider den tierischen Ernst in Aachen.

Wahlprognose 2002

„Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“



Wählerpotenzial einer Schill-Partei zur Bundestagswahl:



Quelle: NFO-Infratest-Umfrage für den SPIEGEL vom 6. 12. bis 10. 12. 2001; Befragte: rund 800

Quelle: forsa im Auftrag der „Woche“ vom 29. 11. bis 3. 12. 2001; Befragte: 1869

DER SPIEGEL